

1 **Ressourcen umverteilen – Ökologische und soziale Frage gemeinsam solidarisch lösen**

2 *Elke Breitenbach, Bjørn Knutzen-Rühl, Katrin Mohr, Halina Wawzyniak*

3 Die Folgen der Klimaveränderungen sind täglich spürbar. Strukturelle Veränderungen sowie
4 Umstellungen in der eigenen Lebensweise sind notwendig. Beides ist den Meisten bewusst, stößt
5 bei einigen aber auch auf Widerstand. Dazu zählen vor allem die Profiteur*innen des Kapitalismus,
6 die weiter an Gewohntem festhalten wollen. Einige davon sind zwar zu Veränderungen bereit und
7 wollen einen sogenannten grünen Kapitalismus, aber ohne eine gesellschaftliche
8 Auseinandersetzung darüber, was und wie wir produzieren, verschleiern wir die Probleme nur oder
9 schieben sie auf.

10 Aber auch Menschen mit geringem Einkommen und sozial Benachteiligte, die schon jetzt von der
11 Klimakatastrophe betroffen sind, stehen notwendigen Veränderungen oft genug kritisch gegenüber,
12 auch weil politisch über ihre Köpfe hinweg entschieden wird.

13 Eine ökologische und soziale Politik braucht Antworten auf die Fragen zu den notwendigen
14 Grundgütern und Ressourcen. Dabei geht es auch um gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, was
15 dies umfasst und wie es verteilt wird. Im Mittelpunkt dabei muss immer die Verbesserung der
16 Lebenssituation derjenigen mit geringem Einkommen und in prekären Lebenssituationen stehen.
17 Ebenso die Absicherung der Existenzgrundlage der nachfolgenden Generationen.

18 **Global denken – lokal handeln**

19 Armut und Ausgrenzungen haben globale Ursachen. Und globale Entwicklungen haben
20 Auswirkungen auf die Sozialsysteme aller Länder. Die Klimakatastrophe trifft zuerst die Menschen
21 des globalen Südens. Ihre Ausbeutung und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen vor Ort sind
22 die Grundlage für das, was im globalen Norden Wohlstand heißt. Niedrige Entlohnung sowie
23 Umweltzerstörung im Süden und Massenkonsum sowie Ressourcenverschwendung im Norden
24 gehen Hand in Hand. Beide Lebensweisen widersprechen echten menschlichen Bedürfnissen. Vor
25 allem der globale Norden muss Konsum und Produktion verändern, um unser Überleben zu sichern.

26 Eine progressive Linke muss für Ressourcenverteilung kämpfen und dafür streiten, dass wir eine
27 gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung darüber führen, was gutes Leben für alle auf unserem
28 Planeten bedeutet. Bis dahin müssen wir Menschen, die vor Krieg und Umweltzerstörung fliehen,
29 Existenz und Teilhabe ermöglichen.

30 **Was bedeutet staatliche Sozialpolitik im Hinblick auf eine progressive globale Politik?**

31 a) Sozialpolitik muss Resilienzpolitik sein, also eine Politik, die durch infrastrukturelle Maßnahmen
32 der Daseinsvorsorge gleichen Grundschutz für alle bietet.

33 b) Die Verfügbarkeit lebensnotwendiger Ressourcen und Güter muss (international) gleich verteilt
34 werden.

35 c) Produktion, Erwerbsarbeitsbedingungen und Auftragsvergaben müssen ökologischen und
36 sozialen Mindestkriterien genügen.

37 d) Die tiefgreifenden Umbrüche am Arbeitsmarkt, die die notwendige sozial-ökologische
38 Transformation unserer Wirtschaft zeitigen wird, müssen sozial-, arbeitsmarkt- und
39 bildungspolitisch flankiert werden, damit nicht viele Menschen zu Verlierer*innen des Umbaus
40 werden.

41 e) Der notwendige sozial-ökologische Umbau muss durch massive Investitionen in erneuerbare
42 Energien, klimafreundliche Produkte und Infrastrukturen unterstützt werden. Er darf nicht zu Lasten
43 der Solidarsysteme gehen, sondern muss von den Profiteur*innen bezahlt werden.

44 Es ist zumutbar und gerecht, dass die Reichsten für die Folgen der Klimakatastrophe aufkommen.
45 Diese tragen durch ihren entgrenzten Konsum und die Ausbeutung des globalen Südens am meisten
46 dazu bei. Dem begegnet eine progressive Linke mit einer sozialen Klimapolitik der
47 Ressourcenverteilung. Nur so lassen sich Regulierungsmaßnahmen und strukturelle
48 Veränderungen umsetzen, um die Freiheit und die Erfüllung der Grundbedürfnisse zu sichern.

49 Konzepte und Antworten entwickeln

50 Eine ökologische Sozialpolitik der Ressourcenverteilung steht vor der Herausforderung,

51 Konzepte und Antworten auf sich regulatorisch aufdrängende Fragen zu entwickeln.

52 Klimakrisenfeste Sozialpolitik muss zwangsläufig konkrete Antworten auf Fragen finden, die sich

53 unter anderem bereits im Rahmen der Energiekrise gestellt haben:

54 Was sind lebenswichtige Grundgüter, deren Vernichtung oder Einschränkung durch die
55 Klimakatastrophe droht?

56 Wer erhält in welchem Umfang ein kostengünstiges Grundkontingent an lebenswichtigen
57 Gütern wie z.B. Wasser, Wärme, Energie, Lebensmittel?

58 Was sind Kriterien für ökologische und soziale Mindeststandards bei Produktion und
59 Erwerbsarbeit?

60 Ist eine „Ausgleichsabgabe“ für ein die Klimakatastrophe beförderndes Wirtschaften eine
61 angemessene Lösung und wie kann diese ggf. ausgestaltet werden?

62 Wie kommen wir zu bezahlbarem und klimaneutralem Wohnraum für alle? Welcher
63 Flächenverbrauch ist für welchen Personenkreis aus welchen Gründen angemessen?

64 Wie kann der Wohnungsmangel behoben werden? Wo darf – wenn überhaupt – noch
65 Flächenversiegelung stattfinden und wo Nachverdichtung?

66 Wer hat welche Möglichkeiten, sich vor Hitze und Kälte zu schützen? Welche öffentlichen
67 infrastrukturellen Angebote sind für Hitze- und Kälteschutz nötig? Welche gesetzlichen
68 Rahmenbedingungen sind nötig, um Hitze- und Kälteschutz bei Neubau und Sanierung zu
69 verankern?

70 Welche Form von Mobilität wird wie gefördert und unterstützt?

71 Wer soll in welchem Umfang zur Finanzierung der Kosten des strukturellen Umbaus wie
72 herangezogen werden?

73 Welche Alternativen werden Menschen angeboten, deren Erwerbsarbeitsplatz aus ökologischen
74 Gründen absehbar keine Zukunft haben kann?

75 Eine LINKE, die als gesellschaftlich relevante Kraft die Gesellschaft gestalten will, muss stringente

76 Antworten auf diese Fragen finden und Sozialpolitik als interdisziplinären Ansatz verstehen.

77 **Inklusive Ökologische Sozialpolitik**

78 **Das Leitbild** Ökologische Sozialpolitik ist eine Umverteilungs- und Klimapolitik, die die
79 größtmögliche Freiheit der Individuen sichert.

80 **Soziale Sicherungssysteme** müssen armutsfest sein. Jede*r muss in der Lage sein, mit den
81 Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen bezahlbare Grundkontingente an lebenswichtigen
82 Gütern zu beziehen und angemessenen Wohnraum zu finden. Transferleistungen müssen
83 gesellschaftliche Teilhabe garantieren. Die Grundsicherung ist das unterste Netz und darf nicht, wie
84 z. B. derzeit im Asylbewerberleistungsgesetz, unterschritten werden. Gleiches Recht für alle
85 bedeutet auch, dass alle Menschen die gleichen Grundsicherungsleistungen erhalten. Soziale
86 Sicherungssysteme müssen darüber hinaus der vielfältigen Realität heutigen Zusammenlebens
87 gerecht werden. Neben dem klassischen Familienmodell gibt es mittlerweile vielfältige Formen des
88 Zusammenlebens, auf die die derzeitigen Solidarsysteme keine oder nur unzureichende Antworten
89 haben.

90 Eine armuts- und krisenfeste Sozial- und Klimapolitik muss den Anforderungen einer
91 Einwanderungsgesellschaft entsprechen und die Unterschiedlichkeit der Menschen auf allen Ebenen
92 berücksichtigen. Nur wenn Diversität, Inklusion und Partizipation als fester Bestandteil der
93 Sozialpolitik einbezogen werden, wird die gesellschaftliche Teilhabe aller garantiert. Das ist auch
94 die Voraussetzung, um allen Menschen Informationen, Beratung, Unterstützung und Beteiligung
95 anzubieten.

96 **Soziale Gesundheitspolitik**

97 Sozialpolitik betrifft auch den Zugang zum Gesundheitswesen für alle. Der Zugang zum
98 Gesundheitswesen für alle setzt nicht nur eine qualitativ gute haus- und fachärztliche Versorgung
99 voraus, sondern auch ausreichend finanzierte und gut erreichbare Krankenhäuser. Dies ist
100 insbesondere für Menschen mit geringen oder keinen finanziellen Mitteln von zentraler Bedeutung.
101 Dazu zählen auch Illegalisierte, Geflüchtete oder Menschen ohne Krankenversicherung, denen
102 heute der gleichberechtigte Zugang fehlt. Gleiches trifft auf den Bereich der Pflege zu.

103 **Progressive Arbeits- und Wirtschaftspolitik**

104 Weitere Veränderungen zeichnen sich auch im Erwerbsleben der Menschen ab. Wir stehen mit der
105 Digitalisierung sowie der Entwicklung von künstlicher Intelligenz weiterhin mitten in umfassenden

106 Transformationsprozessen. Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten werden sich ebenso verändern wie
107 Berufsbilder und deren Entlohnung.

108 Zudem müssen diese Veränderungen aktiv und demokratisch gestaltet werden. Das ist ein wichtiger
109 Beitrag zu einer nachhaltigen, ökologischen und demokratischen Wirtschaft, die die Frage nach
110 dem, was gute Arbeit ist, positiv beantwortet. Gute Arbeit bedeutet, Absicherung der Existenz,
111 Erhalt der Gesundheit und Berücksichtigung der individuellen Lebenssituation. Sie bedeutet auch,
112 dass Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen selbst in die Transformationsprozesse und bei der
113 Entwicklung einer ökologisch nachhaltigen Produktion einbezogen werden und mitbestimmen
114 können.

115 **Sozialpolitische Orientierung des Strafrechts**

116 Ökologische Sozialpolitik umfasst auch die **Frage des Strafrechts**. Sozialpolitik ist die Grundlage
117 dafür, dass Regelungen wie zur Beförderungserschleichung oder zum Containern nicht einseitig
118 diejenigen belasten, die wenig oder gar kein Einkommen haben. Zumal die Nutzung des ÖPNVs
119 oder der Kampf gegen die Verschwendung von Lebensmitteln auch klimabewusstes Handeln
120 darstellen. Die Ersatzfreiheitsstrafe, also der Aufenthalt in einer Strafvollzugsanstalt wegen nicht
121 bezahlter Geldstrafe, ist eine originär sozialpolitische Frage. Und es gibt auch eine Verbindung zur
122 ökologischen Frage. Die Nichtzahlung einer Geldbuße wegen überhöhter Geschwindigkeit, also
123 einer potentiell klimaschädlichen Handlung ist davon ausgenommen. Das Ziel muss die
124 Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe sein.

125 **Was jetzt geschehen muss: Sozialpolitik für das Heute**

126 Sozialpolitik als Ressourcenverteilungspolitik muss soziale, politische und kulturelle
127 Benachteiligungen solidarisch thematisieren. Neben langfristigen Veränderungen werden auch
128 **kurz- und mittelfristige Ansätze benötigt.**

129 Kurzfristig sind die Regelsätze um mindestens 229 Euro anzuheben.

130 Mittelfristig sind Regelsätze in der Mindest- oder Grundsicherung von 1.200 Euro und eine
131 Kindergrundsicherung (gestaffelt nach Alter) von 520 bis 630 Euro einzuführen.

132 Es ist ein bezahlbares/kostengünstiges Grundkontingent für Heizung, Wasser und Strom
133 einzuführen. Ergänzend dazu braucht es einen Härtefallfond.

- 134 Die Kosten der Unterkunft inklusive Heizkosten müssen sich an den realen Kosten
135 orientieren.
- 136 Bei der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, Pflege- oder
137 Gesundheitseinrichtungen müssen die Erfahrungen aus der Pandemie berücksichtigt werden.
138 Das beinhaltet Standards, die die Abstands- und Hygieneregungen ebenso berücksichtigen,
139 wie die Einhaltung einer Privatsphäre. Entsprechende Konzepte und
140 Finanzierungsgrundlagen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene sind nötig, auch um
141 z. B. Träger bei dem Umbau in Richtung Wohnungs-Appartementstruktur zu unterstützen.
- 142 Es sind Kriterien für eine resiliente Sozialpolitik zu entwickeln und entsprechende
143 Rechtsgrundlagen und Förderprogramme zu schaffen. Es geht um infrastrukturelle Vorsorge
144 im Hinblick auf die Auswirkungen der Klimakatastrophe.
- 145 Verschiebungen am Arbeitsmarkt und Übergänge von Beschäftigten in neue Tätigkeiten, in
146 andere Betriebe, Branchen oder Sektoren müssen staatlich unterstützt und sozial abgesichert
147 werden, z.B. durch Förderung von Qualifizierung.
- 148 Instrumente zur Finanzierung des sozial-ökologischen Wandels müssen entwickelt werden
149 und dürfen nicht zu Lasten der Menschen mit wenig oder keinem Einkommen gehen. Es ist
150 über einen Klima-Soli und eine Klimaabgabe bei klimaschädlicher Produktion
151 nachzudenken.
- 152 Ein weitgehender Versiegelungsstopp und die Festschreibung einer ökologischen Bauweise
153 müssen verbindlich verankert werden.
- 154 Öffentliche Aufträge müssen an soziale und auch an Kriterien im Hinblick auf Beiträge zur
155 Klimaneutralität geknüpft werden.

156 **Wir haben keine Zeit – nutzen wir sie**

157 In Zeiten, in denen die Folgen der Klimakatastrophe deutlich spürbar werden und gleichzeitig die
158 Spaltung der Gesellschaften (und Öffentlichkeiten) immer auffälliger wird, bedarf es gemeinsamer
159 Anstrengungen vieler, um sozialen Zusammenhalt und damit auch die Demokratie zu erhalten.
160 Dabei geht es insbesondere um Ressourcenverteilung. Eine LINKE, die als gesellschaftlich
161 relevante Kraft in die Gestaltung der Gesellschaft eingreifen will, muss die bisherigen Konzepte
162 updaten, um sie sozial-ökologisch anzupassen und für Resilienz vor Klimafolgeschäden zu
163 modernisieren.

164 Dies alles stellt neue Herausforderungen an eine Sozialpolitik, die armuts- und krisenfest ebenso
165 sein muss, wie sie die Existenz und Teilhabe aller Menschen in einer Migrationsgesellschaft
166 absichert und die Vielfalt der heutigen Lebensformen berücksichtigt.